

Freikirchler sind auf dem Vormarsch

von N. Glaus - Freikirchen-Mitglieder mischen zunehmend in der Schweizer Politik, in Schulen und im Sozialwesen mit – laut Experten vor allem aus sozialer Verantwortung.



«Das Engagement der Freikirchlichen ist keine systematische Unterwanderung der Schweiz», sagt Religionsexperte Georg Otto Schmid. Ihr Einsatz beruhe vielmehr auf einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft.

(Bild: Keystone/Eisermann/laif)

Die Freikirchen sind in der Schweiz engagierter denn je. Neue Untersuchungen zeigen, dass die Mitgliederzahlen in den letzten 40 Jahren um das Sechsfache auf 250'000 gestiegen sind. Die Mehrheit der Freikirchlichen lehnt homosexuelle Beziehungen ab, wehrt sich gegen Abtreibungen, hält Sex vor der Ehe für einen Fehler und befürwortet das traditionelle Familienmodell. Ein Teil der Strenggläubigen hält auch die Evolutionstheorie für falsch.

Gerade an pädagogischen Hochschulen sind angehende Lehrkräfte aus Freikirchen übervertreten. Auch die Vormundschaftsbehörden melden, dass mangels Alternativen vermehrt Kinder bei Freikirchlichen platziert werden müssen. In Gemeinden wie etwa Winterthur, wo die Freikirchen traditionell stark präsent sind, nimmt das Engagement ihrer Mitglieder in der Politik zu. Warum sind Mitglieder von Freikirchen in der Schweizer Gesellschaft engagierter denn je?

«Soziale Verantwortung ist wichtig»

Der Einsatz beruhe auf einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft: «Das Bedürfnis, einen sozialen Beruf auszuüben, ist bei Menschen mit einem religiösen, konservativen Hintergrund gross», sagt Religionsexperte Georg Otto Schmid. Viele Angehörige einer Freikirche vertreten laut Schmid die Ansicht, dass eine finanzielle Motivation für die Berufswahl nicht ausreiche. Berufe wie etwa das KV seien deshalb in solchen Kreisen weniger attraktiv.

Das Engagement der Freikirchler sei somit keine systematische Unterwanderung der Schweiz, sagt Schmid. Es sei sogar begrüssenswert: «Würden alle Mitglieder der Freikirchen die Schweiz verlassen, dann wäre es noch schwieriger, Interessierte für Berufe im sozialen Bereich zu finden.»

Auch der Präsident des Lehrerverbands, Beat Zemp, glaubt nicht, dass Mitglieder der Freikirche gezielt Leute in Schulen einschleusen, um die Kinder vom Kreationismus zu überzeugen. Falls eine Lehrperson trotzdem zu indoktrinieren versuche, falle dies schnell auf. «Wenn etwa eine Lehrerin nur noch Matheaufgaben in einem christlichen Zusammenhang stellt, erzählen die Schüler das sofort ihren Eltern und diese melden es der Schulleitung», so Zemp. Die Lehrperson werde verwarnt und im Wiederholungsfall müsse sie mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Jede Lehrperson müsse sich an den Lehrplan und die konfessionelle Neutralität halten.

Geringes politisches Gewicht

Grösseres Konfliktpotenzial gibt es bei der Unterbringung von Pflegekindern: «Um einer Entfremdung von der Herkunftsfamilie entgegenzuwirken, ist grundsätzlich auch die Religion der Pflegefamilie bei einer Platzierung zu berücksichtigen», sagt Ruedi Winet, Präsident der Zürcher KESB-Vereinigung. Doch diese Wahl habe man oft gar nicht, da sich zu wenig andere geeignete Familien zur Verfügung stellten. Auch deshalb seien überdurchschnittlich viele Kinder bei Freikirchlern platziert. In der Politik sei deren starkes Engagement vor allem in Gemeinden zu beobachten, in denen Freikirchen traditionell gut verankert seien. «In solchen Hochburgen wie Winterthur sind die Freikirchlichen praktisch quer durch die ganze Parteienlandschaft vertreten», sagt Politologe Louis Perron. Im Rest der Schweiz seien sie vorwiegend in der Mitte-rechts orientierten Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) oder der Mittepartei Evangelische Volkspartei (EVP) zu finden. Da die Freikirchlichen aber nach wie vor einer Minderheit angehörten, sei ihr politisches Gewicht eher begrenzt.